

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ausbreitung des Separatistenputsches.

Befegung von Trier, Coblenz, Wiesbaden. — Eine provisorische Regierung.

A 81a, 23. Oktober. (WZB.) Im Laufe der Nacht ist es den Separatisten gelungen, sich der öffentlichen Gebäude in Bonn, darunter des Rathauses, zu bemächtigen, die jetzt in ihrer Hand sind. Es finden zurzeit Verhandlungen zwischen den Separatisten und der Stadtverwaltung statt.

Bonn, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Rathaus in Bonn ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag ebenfalls von Separatisten besetzt worden. Gegen 1 Uhr nachts rückte eine große Zahl separatistischer Elemente schwerbewaffnet vor das Rathaus. Die Bonner Polizei, die das Rathaus besetzt hatte, hielt die Separatisten eine ganze Zeit lang mit Wasserstrahlern in Schach, da sie beständig auf Anordnung der französischen Besatzung von der Schusswaffe nicht Gebrauch machen durfte. Der Oberbürgermeister von Bonn schloß sich sofort mit dem Kommandanten der Besatzungstruppen in Verbindung, um ihn auf die Zustände aufmerksam zu machen. Der Erfolg war, daß bald französisches Militär anrückte, das Rathaus stürmte und die Kollaboranten sowie die Polizeimannschaften in je ein besonderes Zimmer einsperrte. Unter ihrem Schutz konnten sich dann die Separatisten des Rathauses bemächtigen und die Rheinische Republik ausrufen.

Wiesbaden, 23. Oktober. (WZB.) Heute nacht wurde hier auf dem Regierungsgebäude die Flagge der Rheinischen Republik gehißt. Die Polizei ist behufs Entwaffnung im Polizeipräsidium eingesperrt. Der Präsident ist auf 9 Uhr zu den Besatzungsbehörden befohlen worden. Der Handstreik erfolgte durch einen aus etwa 20 Mann bestehenden Stoßtrupp der Dortenpartei. Die vor dem Regierungsgebäude angeordnete Menge, die sich in Beschimpfungen gegen die Sonderbündler erging, wurde durch Schüsse auseinandergetrieben. Nach dem „Eis de Hin“ ist es etwa 10 Verwundete gegeben haben. Französische Kavallerie patrouilliert in den Straßen.

Frankfurt a. M., 23. Oktober. (WZB.) Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben gestern abend 10 Uhr bewaffnete Separatisten das Rathaus in Wiesbaden besetzt, ohne daß Widerstand geleistet werden konnte. Die Polizei ist von den Separatisten aufgefodert worden, in den Dienst der Rheinischen Republik zu treten, was aber einmütig und kategorisch abgelehnt wurde. Auch das Regierungsgebäude scheint besetzt zu sein, da vor diesem ein bewaffneter Separatist Posten steht.

Separatisten im Wiesbadener Rathaus.

Paris, 23. Oktober. (E.C.) Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, besetzten 200 Mann der rheinischen Separatisten das dortige Rathaus und übernahmen die öffentliche Verwaltung. 30 Polizisten wurden entwaffnet und verhaftet. Es fanden sofort Gegenkundgebungen statt, in denen versucht wurde, den Separatisten das Rathaus wieder zu entreißen, aber diese machten einen Angriff ihrer Vortruppen, denen die Gegner weichen mußten.

Trier, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Montag ist eine Menge Sonderbündler in Trier eingezogen und hat das Regierungsgebäude, das Rathaus und die Post besetzt. Im Laufe des Montags beschlagnahmten sie das Auto der Regierung und verhafteten die Führer der politischen Parteien, darunter den sozialdemokratischen Beigeordneten Reise, den sie ins britisch besetzte Gebiet abschoßen. Die Sonderbündler sind stark in der Minderzahl, aber die zweifelhaften Egidienzen, aus denen sie sich zusammensetzen, sind bis an die Zähne bewaffnet.

Verhaftungen durch die Separatisten in Trier.

A 81a, 23. Oktober. (Frankf. Ztg.) Aus Trier erhält die „Rheinische Volkszeitung“ eine Meldung, wonach die Sonderbündler dort mehrere politische Führer und Stadtverordnete, darunter den Reichstagsabgeordneten Professor Raas, den sozialdemokratischen Beigeordneten Reise, ferner die Stadtverordneten Brandenburg und Lautenstrauch, verhaftet haben. Im Laufe des Vormittags verlangte eine Schar Sonderbündler vor der Stadt die Festsetzung zweier Beigeordneter und eine ständige Kontrolle der Verwaltungsorganisation, ferner die Einsetzung ihres Anhängers Rosen als Polizeidirektor. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die Sonderbündler, vorwiegend junge Leute, durchstreiften die Stadt und beschlagnahmten unter Drohungen mit ihren Revolvern Kraftwagen. Gestern abend 7 Uhr hat eine große Schar von Separatisten das Reichsvermögensamt besetzt und die Beamten daraus vertrieben.

Die „provisorische“ Regierung.

Paris, 23. Oktober. (E.C.) Wie das „Echo de Paris“ meldet, setzt sich die provisorische Regierung der Rheinischen Republik aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Decker, Rechtsanwalt Guthardt, Landtagsabgeordneter Wolterhof, Abgeordneter Rehgen, Mühlentheil, Ublach, Cyonon, Schiffer, Kroebe, Hermann Dorten, van Haren, Schloob und Wilms. Das Präsidium der provisorischen Regierung sei dem Wagenfabrikanten Talbot angeboten worden, doch sei noch nicht entschieden, ob er die Wahl annehmen werde. Gestern vormittag um 10 Uhr begab sich Decker zum belgischen Oberbefehlshaber, um mit ihm die Ereignisse zu besprechen.

Unruhen in Aachen.

Brüssel, 23. Oktober. (E.C.) Nach einer Meldung der belgischen Telegraphenagentur aus Aachen sind dort schwere Unruhen ausgebrochen. Die Schupo zielte auf die Menge, Kommunisten begingen Plünderungen. Der Dr. Busbach soll in Flammen stehen.

Paris, 23. Oktober. Havas berichtet aus Düsseldorf: Der separatistische Führer Matthes hat sich auf die Nachricht vom Aachener Handstreik nach Düsseldorf und von dort nach Aachen begeben. Er hat sein Bureau dort eingerichtet und soll die Leitung der Bewegung übernommen haben in der Absicht, sie auf die gesamte Rheinlande auszudehnen.

Abwehrstreik der Gewerkschaften.

Wiesbaden, 23. Oktober. (WZB.) Infolge des Vorgehens der Dorten-Partei haben die hiesigen Gewerkschaften heute vormittag 9 Uhr den Generalstreik proklamiert. Außer französischen Kavalleriepatrouillen, die den Verkehr aufrechterhalten sollen, durchfahren Truppen auf Autos die Stadt. Die Bevölkerung hat sich zahlreich auf den Straßen versammelt, verhält sich aber ruhig.

Paris, 23. Oktober. (E.C.) Nach Mitteilungen aus dem besetzten Gebiet zu urteilen hat die Abfallbewegung in den letzten 24 Stunden an Ausdehnung gewonnen. In Mainz sind gestern um 8 Uhr Separatisten eingedrungen und haben das Bürgermeisteramt besetzt. Sie verhafteten bisher 30 Polizeibeamte und entwaffneten sie und hielten auf den öffentlichen Gebäuden die rheinländische Fahne. Hieraus versuchten Gegenmanifestanten, sich des Rathauses wieder zu bemächtigen. Doch wurden sie von den separatistischen Stoßtruppen, die sehr gut ausgerüstet waren, zurückgetrieben. Bei dem Zusammenstoß sind einige Personen verletzt worden. In Trier haben die Sonderbündler gestern abend um 10 Uhr die Regierungsgebäude besetzt, ohne daß es zu einem Zusammenstoß gekommen wäre. — Ueber die mißglückte Befegung der Stadt Koblenz kann der Sonderberichterstatler des „Matin“ genaueres angeben: Der Bürgermeister von Koblenz hat diesem Berichterstatter zufolge die sechs Sonderbündler, die zur Befegung des Rathauses schritten wollten, in einen „Hinterhalt“ gelockt. Der Berichterstatter des „Journal“ gibt über die zum Teil gescheiterte, zum Teil erfolgte Ueberrumpfung der anderen Orte durch die Sonderbündler einen ausführlichen Bericht. In Mänschen-Gladbach rückten die Sonderbündler gestern in Postautos ein und begaben sich unverzüglich vor das Rathaus. Ihr Führer verhandelte mit dem Bürgermeister, der sich bereit erklärte, der Proklamation der Rheinlandrepublik keinen Widerstand entgegenzusetzen. Er teilte daraus das Ergebnis der Unterredung den Mannschaften mit, und sie trafen die nötigen Maßnahmen, um auf den öffentlichen Gebäuden ihre Fahne zu hissen. Als sie jedoch nach wenigen Augenblicken auf das Bürgermeisteramt zurückkehrten, in der Absicht, es militärisch zu besetzen, belanden sie sich den Polizeikräften gegenüber. Sämtliche Fenster und Türen des Rathauses waren verbarrikadiert, und die blaue Polizei forderte sie auf, sich unverzüglich zu zerstreuen. Die Separatisten wagten, da sie nur in ungenügender Zahl vertreten waren, keinen Angriff auf das Rathaus und begnügten sich im übrigen damit, die angrenzenden Straßen zu besetzen. Kommunisten und Nationalisten veranstalteten eine Gegenkundgebung und versuchten ihrerseits, die Sonderbündler zu umzingeln. Am Nachmittag hat der Landrat aus eigenem Anlaß sein Amt niedergelegt. — In Düren trafen gestern abend rheinische Stoßtruppen ein, die bis zum Morgen am Rande der Stadt verharren. Um 10 Uhr wurde dann die Republik im Rathaus ausgerufen und die separatistische Fahne auf den öffentlichen Gebäuden gehißt. Zu Zwischenfällen scheint es nicht gekommen zu sein. — Die Sonderbündler dehnten ihre Bewegung auch auf Bonn aus, wo sie gegen 10 Uhr gestern abend eintrafen, ohne indessen aktiv vorzugehen. Zahlreiche Personen, sowohl Sonderbündler und Kommunisten, hatten sich vor dem Rathaus auf und führen lebhaft Besprache. Die Polizei bemüht sich vergeblich, sie zu zerstreuen.

Alle vorliegenden Nachrichten zeigen das weitere Anwachsen der separatistischen Bewegung. Die gut bewaffneten Sonderbündler haben gegenüber der restlos entwaffneten Bevölkerung und den von den Besatzungsbehörden zur Ohnmacht verurteilten deutschen Gemeinde- und Staatsbehörden ein verhältnismäßig leichtes Spiel. Es scheint, als ob es den Putschisten gelingt, das linke Rheinufer in die Hand zu bekommen. Schon melden sich französische Pressestimmen, die eine besondere Regelung der Reparationsfrage für das Rheinland ankündigen. Frankreich sucht eben mit allen Mitteln sein Ziel der Zertrümmerung Deutschlands zu erreichen. Ein Erfolg kann diesem wahnsinnigen Treiben nur vorübergehend beschieden sein. Niemals wird Deutschland sich mit seiner Zerstückelung abfinden können. Die einheitliche Deutsche Republik wird doch trotz aller Unterdrückungsversuche entstehen müssen, so lange die deutsche Arbeiterschaft politisch zu denken und zu handeln imstande ist.

Amtlicher Dollareinheitskurs 56 Milliarden

Mitteilung der Reichsbank: Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 23. Oktober, 56 Milliarden M.

Der Schrei nach Brot.

Vom Montag auf Dienstag ist der Preis für ein Brot in Berlin von 2,5 auf 5,5 Milliarden gestiegen. Die Bäckerläden werden überlaufen, um das für die Ernährung notwendigste Lebensmittel zu beschaffen. Die Vorräte sind aber nur gering und bald ausverkauft. Stundenlang stehen die Frauen an, um nur einen Laib zu erhalten. Wenn sie Glück haben, tragen sie das Erworbene noch ganz warm nach Hause. Zahlreiche andere aber haben das Glück nicht mehr. Sie müssen unverrichteter Dinge abziehen und an anderen Läden — oft vergeblich — die gleiche Stundenzahl opfern.

Die Erbitterung steigt von Tag zu Tag. Immer lauter wird der Ruf nach Hilfe. Immer dringender das Verlangen nach einschneidenden Maßnahmen, um wenigstens die Ernährung des Volkes sicherzustellen, und wenn sie auch noch so kümmerlich wäre. Die Harrenden denken an das Wort Westarps, daß sie hungern müssen bei vollen Scheuern. Sie wissen, daß die Ernte im Lande gut ist, daß sie wenigstens über die nächsten Monate hinweghülfe, wenn sie zur Verfügung gestellt würde. Aber da ist der Dollarkurs und der Dollarpreis. Roggen und Weizen sind auf deutschem Boden gewachsen und haben doch eine unbezwingbare Sehnsucht nach dem Wert der amerikanischen Münze bezahlt zu werden. Händler und Bäcker müssen sich dieser Sehnsucht fügen, wenn anders sie aus den vollen Scheuern überhaupt noch Rohstoffe für die Herstellung von Brot erhalten wollen. Und die Frauen des arbeitenden Volkes, die auf Unendliches zu verzichten gelernt haben, können nicht auch noch auf das bisherige Brot verzichten, das sie zur Stillung des Hungers der Kleinen bedürfen.

Ihnen aber ist der Dollar nur das Glücksrad, dem sie vergeblich nachzuweilen sich bemühen. Obwohl die Einnahmen im Arbeiterhaushalt — volle Beschäftigung vorausgesetzt — jetzt auch schon nach „Milliarden“ sich berechnen, bleibt doch nichts anderes übrig, als ein riesiges, sich immer vergrößerndes Defizit. Selbst wenn der schwer arbeitende Familienvater zehn, zwölf oder fünfzehn Milliarden nach Hause bringt, langt das nicht einmal für zwei oder drei Brote.

Ein solcher Zustand ist unerträglich. Und immer lauter wird die Frage gestellt, zu welchem Zwecke denn eigentlich in der Zeit höchster Not die Notstandsmaßnahmen der Zwangsversorgung aufgehoben worden sind. Man entsinne sich der Versprechungen jener bürgerlichen Parteien, die in den Wahlkampf zogen mit der Parole: „Fort mit der Zwangswirtschaft, die die Produktion hemmt! Her mit der freien Wirtschaft, die volle Läden und niedrige Preise garantiert!“ Und man sieht erstaunt und erschüttert vor dem Nichts. Denn nicht einmal die Läden sind gefüllt, die Preise aber in dauerndem sprunghaftem Emporschnellen. Diejenigen, die erst in diesem Sommer den letzten Rest der öffentlichen Bewirtschaftung, die Getreideumlage, beseitigten, stehen hilflos dem Massenelend gegenüber, das sie verschuldeten.

Die Regierungsverordnung „zur Sicherstellung des Warenverkehrs“, die in der heutigen Morgenausgabe veröffentlicht wurde, wendet sich gegen die Geschäftseute, die ihre Läden schließen, statt zu verkaufen und die für Waren im Kleinhandel andere Zahlungsart fordern als Reichsmark. Solche Verordnung kann nicht schaden. Aber ganz ohne Zweifel hilft sie auch nichts. Und an solchen Verordnungen, die niemand nützen, haben wir gerade genug. Bedruckten Papiers bedarf es nicht mehr. Wir brauchen ernsthaft wirtschaftliche Maßnahmen, die dort zupacken, wo die benötigten Waren an der Quelle zu finden sind. In diesem Falle bei den vollen Scheuern, von denen Westarp sprach. Es ist ein Widerspruch, den Kleinhändlern zuzumuten, ihre Waren gegen Papiermark abzugeben, aber den Landwirten freie Hand zu geben, in Dollar, Gold oder Goldanleihe sich bezahlen zu lassen. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeit, in der sich die Landwirtschaft befindet. Sie kann ihre Ware nur einmal verkaufen. Sie kann nicht, wie der Händler immer neue Bestände heranschaffen und bei jedesmaligem Wiederabstoßen neue Gewinnmöglichkeiten schaffen. Sie hat deshalb ein besonderes Interesse, endlich ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu erhalten.

Aber das gleiche Interesse haben die Massen der städtischen Lohn- und Gehaltsempfänger. Da sie in noch erhöhtem Maße, da sie keine andere Ware abzugeben haben als ihre Arbeitskraft. Sie haben keine Reserven und Bestände, sie können nicht aus der eigenen Produktion sich und ihre Angehörigen ernähren, wie das die Landwirte immer noch können, selbst wenn sie gar kein „Geld“ einnehmen würden. Diese städtischen Proletariatschichten, die in diesem Jahre durch immer neue Schichten des verfallenden Mittelstandes vermehrt werden, stehen vollends vor dem Nichts, wenn ihre Arbeitskraft keinen Absatz mehr findet oder wenn der ihnen dafür gezahlte Preis zum Leben nicht mehr ausreicht. Diese Proletariatschichten rufen deshalb heute mehr denn je nach dem Notwendigsten: nach Brot!

Die Sozialdemokratie hat sich in Erkenntnis des Ernstes der Lage mit schwerwiegenden Gründen und allen parlamentarischen Mitteln gegen die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides gewandt. Sie hat noch in letzter Stunde versucht, die Beseitigung der Getreideumlage zu verhindern oder doch hinauszuschieben. Aber das Ernährungsministerium — besonders sein Leiter Dr. Luther — hat der freien Wirtschaft auch auf diesem Gebiete so eifrig das Wort geredet, daß die Gründe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beseitigend wurden. Jetzt kann die Reichsregierung nichts anderes mehr, als noch schlimmeres

zu verhüten. Sie droht deshalb Plünderern mit behördlicher Abwehr. Aber sie schafft kein Brot. Sie kann es nicht, weil sie den Apparat zur Brotversorgung freiwillig aufgegeben hat. Aber es handelt sich jetzt um mehr als um ein Prinzip: Freie Wirtschaft oder nicht! Es handelt sich um die Ernährung, um die Erhaltung der Menschen und der menschlichen Arbeitskraft, die die Grundlage jedes Staatswesens bilden müssen. Hungernde Massen, die die Woche über schwer arbeiten sollen, um dann ihren papiernen Lohn in Nichts zerflattern zu sehen, kennen keine staatlichen Rückkäufe mehr, wenn ihnen das Elend bis zum Halse reicht. Sie haben ein Recht zum Leben und machen es geltend. Sie fordern von der Staatsgewalt, der sie dienen sollen, daß sie ihnen wenigstens das Leben sichern. Der Schrei nach Brot, der jetzt durch die Gassen aller Städte und aller Industriezentren hallt, ist der Schrei nach dem Lebensrecht, das gefährdet erscheint. Noch ist der Winter nicht da. Noch kann es Zeit sein, das Schlimmste zu verhüten. Wir fordern deshalb, daß die Reichsregierung sofort die notwendigen Maßnahmen ergreift, um die Versorgung der Städte sicherzustellen. Mit allen Mitteln, auch mit dem der Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung, der man schandenhalber den Namen „Zwangswirtschaft“ angehängt hat. Höher als alle anderen Interessen muß das Wohl des Volkes stehen. Und dieses Volk leidet heute in seiner breiten arbeitenden Schichten Not. Eine Not, die nicht ganz unabwehrbar ist, und an deren Beseitigung zu arbeiten daher die nächste Aufgabe aller sein muß, die im Dienste des Volkes stehen.

Frankreich und der Separatistenputsch.

Nachdem die ersten Nachrichten über den Separatistenputsch im Rheinlande in einem Teil der französischen Presse begeisterte Zustimmung ausgelöst hatten, macht sich nun in den maßgebenden Organen eine gestillte Zurückhaltung bemerkbar. Man könnte auch sagen, daß angesichts der deutlich hervortretenden Schwierigkeiten des Rheinlandproblems in ernster denkenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen eine Ernüchterung hervortritt, die vielleicht mit dem starken Fallen des Franken am gestrigen Tage in Verbindung steht. Als Symptom der Stimmung in industriellen Kreisen seien die Äußerungen der einflussreichen „Journées Industrielles“ wiedergegeben:

Das Blatt meint, die Ereignisse im Rheinland würden die französische Politik vor sehr ernste Probleme stellen, die unter Umständen von weitgehender Rückwirkung auf Frankreich sein könnten. Das Blatt legt sich Rechenschaft darüber ab, daß die Bewegung durchaus keine sehr soliden Unterlagen aufweise. Es bezeichnet die Bewegung als materiell zerbrechlich gegenüber der etwaigen Reaktion der preussischen Macht und moralisch zerbrechlich, weil die separatistische Bewegung es noch nicht verstanden habe, die verschiedenen Strömungen, die die Befreiung des Unabhängigkeitsgedankens im Rheinlande angenommen hat, zusammenzufassen und auf ein bestimmtes System zu vereinigen. Das Blatt stellt zusammenfassend die Frage: Wo wird die Neutralität Frankreichs gegenüber einem Versuche des Deutschen Reichs, seine Einheit zu wahren, aufhören? Die beiden gefährlichsten Klippen, die unbedingt vermieden werden müßten, seien einerseits ein Konflikt mit den Alliierten in dem Maße, daß Frankreich aus seiner Neutralität heraustrete und im anderen Falle die Erbitterung unter der rheinischen Bevölkerung selbst. Weiterhin deutet das Blatt noch eine andere Seite des Problems an und fragt, wie im Falle einer wirtschaftlichen Trennung von Deutschland die wirtschaftliche Masse aufzuteilen sei. Weder auf dem illusorischen noch im Überben begriffenen Wege der Sozialisierung noch im Glauben an die Hilfe der internationalen Geldmächte könne man des Rätsels Lösung finden.

Bedenken ähnlicher Art kommen auch in anderen französischen Blättern zum Ausdruck. Es muß aber dennoch hervorgehoben werden, daß in sehr einflussreichen Organen direkt oder indirekt für die Aktion der Separatisten, die der „Befreiung“ der Rheinlande diene, Stimmung gemacht wird. So tritt das „Journal des Débats“ dafür ein, daß Frankreich sich nicht prinzipiell ablehnend gegenüber der Separatisten-

bewegung im Rheinlande verhalten dürfe. Noch mehr aber deckt der „Temps“, der oft als Sprachrohr der Regierung dient, die Karten der französischen Politik auf. In seinem ersten Artikel über den Separatistenputsch erklärte das Blatt, daß er mit dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich in Verbindung stehe und eine Folge der „systematischen Revisionen“ Deutschlands sei. Der Streit mit Bayern sei nur ein Streit um die Führung: Ludendorff und General v. Seeckt seien uneinig über das Kommando, aber sie würden schnell wieder einig sein, wenn es gegen Frankreich ginge. Daß unter solchen Umständen das Rheinland den Wunsch habe, sich vom Reich zu trennen, sei begreiflich. Diese separatistische Bewegung habe nicht der französischen Machinationen bedürft, die die deutsche Propaganda der französischen Politik angeordnet habe. In einem zweiten Artikel jedoch bestätigt der „Temps“, ohne es zu wollen, selbst, daß diese Anschuldigungen keineswegs aus der Luft gegriffen sind. Das Blatt schreibt:

So sehr man wünscht, daß das Werk der Befreiung gelinge, muß man sich doch vor einem übereilten Urteil hüten; denn die rheinische Bewegung hat wie jede Umwälzung zwei verschiedene Gefahren zu bestehen. Sie schreitet entweder zu schnell oder zu langsam fort. Keiner der rheinischen Führer scheint sich bedrängt zu fühlen, allzusehr vorzugehen. Sie wollten alle vorsichtig zu Werke gehen. Die Durchführung würde aber erst vollkommen gelingen, wenn die Gesamtheit der Bevölkerung hinter der rheinischen Bewegung stehe. 56 Proz. der rheinischen Bevölkerung gehöre aber zum katholischen Zentrum, und das katholische Zentrum sei in Köln durch eine sehr bedeutsame Persönlichkeit, durch Herrn Adenauer, vertreten. Das sei ein Mann, der den Anhängern der rheinischen Republik kein Vertrauen einflöste. Unter den hervorragenden Katholiken gäbe es wohl sicherlich Leute, die mit Preußen weniger eng verknüpft seien. Aber man müsse sich vorhalten, daß diese Personenfrage in der inneren Politik eine gewisse Geduld erfordere. Andererseits könne aber durch ein langsames Vorgehen der rheinischen Führer eine große Gefahr entstehen. Die Parteien der Rechten und diejenigen, die in Deutschland den Revisiongedanken vertreten, üben in Berlin einen immer größeren Einfluß aus. Die Bewegung in Bayern und die militärische Unterdrückung Sachsens seien zwei Mittel, die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen und an die Spitze des Reiches ein Rechtskabinett oder ein Direktorium zu stellen, das dem Militär durchaus ergeben sei. Die Sozialisten seien unfähig und die Gewerkschaften durch die Währungsstrafe geleert. Wenn daher diejenigen, die die Gründung der rheinischen Republik im Auge haben, Zeit verlieren, dann könnten sie Gefahr laufen, in Berlin Männern gegenüberzustehen, gegen die der Wille der Rheinländer allein nicht mehr genügen würde, um die Rheinlande zu befreien.

Die Schlüsselsätze des „Temps“-Artikels zeigen deutlich, daß man in sehr einflussreichen französischen Kreisen die Separatistenbewegung im Rheinland mit allen Mitteln zu beschleunigen sucht. Trotz der jetzt zur Schau getragenen Reserve tritt der Wunsch nach der Schaffung einer selbständigen rheinländischen Republik im offiziellen „Temps“ nur allzu deutlich hervor. Daß das Blatt sich bei der Begründung dieses Vorgehens selbst in Widersprüche verwickelt, ist bei der Schwierigkeit der Aufgabe nicht verwunderlich. Denn wenn man sich das Ziel gesetzt hat, die nachspätere Frankreich durch Schaffung eines rheinischen Basillensates nach dem Osten hin zu erweitern, muß man, wie das jetzt im „Temps“ geschieht, auch auf den Sturz der republikanischen Regierung und auf die Errichtung einer Rechtsdiktatur in Deutschland hinarbeiten, die zuerst als Ursache der Abfallbewegung im Rheinland angeführt worden ist. Wie dem aber auch sei: Man kann dem „Temps“ dankbar sein, daß er vor aller Welt das Ziel der französischen Politik klargestellt hat: Schaffung neuer französischer Machtpositionen am Rhein und als Folge dieses Vorgehens Sieg der monarchistischen Konterrevolution in Deutschland.

Verbot des Deutschpöplischen Parteitages. Der für den kommenden Sonnabend in Kofstok anderwärts Parteitag der Deutschpöplischen Freiheitspartei ist durch das Mecklenburgische Staatsministerium verboten worden. Die deutschpöplischen Abgeordneten haben gegen das Verbot Protest erhoben.

und Herbeizug. Pathetisches und Sentimentales kommt besser heraus als das anmutig Spielersische. Als Rangel empfinde ich nur das Verlangen des Spielers; das Gesicht zeigt meist den Ausdruck eines schwer Arbeitenden, der in gespannter Aufmerksamkeit alle Kraft auf sein Werk konzentriert. Dadurch bekommt die Leistung etwas Unfreies, der Schein des Improvisierten, im Moment Gefühls, den das vollendete Kunstwerk erzeugen soll, bleibt aus. Möglich, daß dieser Rangel mit der Zeit verschwindet, möglich auch, daß die Kunst der Fournes in ihrer weiteren Entwicklung eine Stufe der Großzügigkeit erreicht, die die realistischen Wirkungen der Rimensprache entbehren kann. Auf dem Wege zu diesem Ziel ist sie. Die Bereicherung ihrer Technik und die Zunahme der Ausdrucksfähigkeit vollzog sich durchaus im Sinn und Dienst der absoluten Einteilung und Formenreichtums. Alles Kleinliche, sinnlich Gefällige und Amüsante scheidet dabei aus, und wenn die schlichte Einfachheit der Dichtung vom großen Publikum viel leicht heute noch nicht nach Gebühr geschätzt, wenn das Fehlen der Nuancen als Monotonie angeprochen wird, so möchte man doch wünschen, daß die Künstlerin auf ihrem Wege beharrt. Er kann sie zu dem ersten, edlen und vornehmen Kunststil führen, der ganz gewiß das Ideal der Zukunft sein wird.

Im absoluten Gegensatz zum Stil der Fournes stehen die Produktionen der Balletska Gert, die im Wühner-Saal Beifallsstürme entfesselt. Hier ist alles auf Effekt, Pointe, Amüsament gestellt. Eine fabelhaft sichere Technik, spielend gemeistert, wird zu spielerischen, unterhaltenden, verblüffenden Wirkungen benutzt. Das Groteske und Parodistische gelingt am besten. Alles hat eine erotische Note mit stark gepfeffertem Hautgout. Es ist weniger Tanz als schauspielerische Pantomime, die nicht nur zuweilen auf musikalische Begleitung, sondern fast immer auch auf inneren Rhythmus verzichtet. Serien raffinierter gesteigerter Posen und Attitüden, die einen Karikaturisten reizen können. Nichts weniger, aber auch nicht viel mehr als eine aufs höchste kultivierte, blendende Amüsierkunst, deren Wurzeln in Epirus, Böhmen und Genua liegen, aber nicht zu tiefsten seelischen Gründen dringen. Das offenbar sich am deutlichsten in den seriösen Programmnummern „Geburt — Liebe — Lebensfreude“ und „Tod“. Einfache, große Gesten und Posen, wie sie hier versucht wurden, können das Publikum in ihren Bann ziehen; die Erfolge der Charlotte Bara beweisen es. Aber man muß an den Ernst und die Wahrheit der gestalteten Empfindung und Stimmung glauben. Hier hatte man jedoch vorwiegend den Eindruck einer technischen Virtuosität, die mit asketischer Enthaltensamkeit im Gebrauch ihrer Mittel prunzt. Im ermüdeten Gesicht des Absichtlichen, Gemachten, kühl Konstruierten zerfallt die Wirkung.

Separatisten vor 125 Jahren. Alles ist schon dagewesen. Dieser Ausspruch paßt auch für die separatistischen Bestrebungen im Rheinland, die mit den jüngsten Putsch ihre talfrühtige Wählerliste erwiesen haben. Damals 1797/98 war es die „cislebanische Konföderation“, die im Rheinland zu der Zeit auftrat, als nach Eroberung des linken Rheinufers durch französische Revolutionäre Frankreich vor der Entscheidung stand, was man mit

Kommunistenputsch in Hamburg.

Heberumpelung von Polizeiwachen. — Tote, Verwundete Hamburg, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Dienstag wurden von den Hundertschaften der kommunistischen Heberfälle auf die in der äußeren Stadt gelegenen Polizeiwachen verübt. Es gelang den Kommunisten, durch Heberumpelung 13 Wachen in Besitz zu nehmen. Sofort eingesehete Polizeimannschaften konnten 10 Wachen gleich wieder besetzen, um drei Wachen wurde in den Morgenstunden noch gekämpft. Den Kommunisten stehen offensichtlich auch einige große Kampfmittel zur Verfügung. So ist es ihnen gelungen, im Vorort Eimsbüttel ein polizeiliches Panzerauto kampfunfähig zu machen und die in dem Auto sitzenden Polizeibeamten schwer zu verwunden. Die Kommunisten haben die über die Teuerung verzweifelte Stimmung der Arbeiterschaft benutzt, um sämtliche Werkstätten und einen großen Teil des Hafens stillzulegen. Im übrigen wird in den meisten Betrieben gearbeitet. Straßen- und Hochbahnen verkehren, nachdem sie in den frühen Morgenstunden einige Zeit zu fahrern gezwungen waren. In der inneren Stadt ist Ruhe und geregelter Geschäftsbetrieb. Auf der Eisenbahnstrecke Lübeck-Hamburg, auf der es, hätten Reichwehrtrouppen herbeigeführt werden können, waren zwischen den Stationen Ahrensburg und Alt-Kaasfleth die Schienen aufgerissen und durch Baumvorhänge Hindernisse aufgestellt, die mit Hilfe der Polizei und Eisenbahnbeamten nach einigen Stunden beseitigt werden konnten. Am die Polizeiwachen herum, um die gekämpft wird, ist das Straßennetz aufgerissen. Der Treibstoff wird außer durch Hamburger Ordnungspolizei durch eiligst von Kiel beorderte Torpedoboote gegen Plünderungen geschützt. Die Kämpfe haben sowohl auf Seiten der Kommunisten als auch der Ordnungspolizei zahlreiche Verwundete und auch einige Tote zur Folge gehabt.

Was die Kommunisten in Hamburg, die bekanntlich wie die Berliner zum radikalsten Flügel ihrer Partei gehören, sich bei diesen abenteuerlichen Putschversuchen eigentlich gedacht haben oder denken, das wird außer ihren Führern kaum jemand wissen oder begreifen. Ihr unsinniges Vorgehen ist jedenfalls eine verbrecherische Dummheit, die sich in ihren Auswirkungen nur gegen die Arbeiter richten kann. In dem Augenblick, in dem der Versuch gemacht wird, den militärischen Belagerungszustand zu beseitigen, geben sie allen Befürwortern dieses Belagerungszustandes neue Waffen in die Hand. Sie unternehmen ihre Aktionen, die wieder genau so angezettelt wurden wie seinerzeit im März 1921, selbstverständlich immer nur auf eigene Faust und ohne die Arbeiter zu fragen. Vielleicht wollen sie damit ihre Zuverlässigkeit als Vertragsgegner bei der von ihnen angestrebten Einheitsfront deutlich dokumentieren. Ihre Absicht, in Hamburg wie an anderen Orten die Arbeiter für ihre Parteizwecke in einen Generalstreik hineinzuziehen, der nur der Reaktion dienen würde, wird ihnen jedenfalls durch solche Manöver nicht erleichtert werden.

Die Reichswehr in Sachsen.

In Sachsen hat die Reichswehr gestern und vorgestern bedeutende Verstärkungen erhalten. Sowohl in Leipzig wie auch in anderen sächsischen Städten sind Reichswehrabteilungen eingedrückt. Nach den aus Sachsen vorliegenden Nachrichten ist es aber nirgends, mit Ausnahme der bereits besetzten Vorgänge in Meißen, zu Zusammenstößen gekommen. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Ostschlesien erläßt einen Aufruf an die sächsische Arbeiterschaft, in dem es heißt:

„Aus einzelnen Orten Sachsens wird uns mitgeteilt, das Gerücht werde verbreitet, auf der Chemnitzer Konferenz sei der Generalstreik beschlossen worden.“

Das entspricht nicht den Tatsachen! Vielmehr ist eine Kommission gewählt worden, die mit den zuständigen Instanzen sofort zu beraten hat, um dann die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Alle Einzelaktionen sind zu unterlassen!

Weitere Mitteilungen erfolgen durch die Partei und Gewerkschaftsinstanzen.“

Die sächsische Regierung hat die Absicht, heute einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, in dem sie ihre feste Treue zum Reich erklärt und die Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit auffordert.

Gottlob ein Bettler!

Frau Schlächtermeister Goldpreis von nebena (zweihundert-linunddreißig Pfund Lebendgewicht) steht nicht im Geruch besonderer Wohltätigkeit. Dafür hält sie zwei scharfe Hunde.

Neulich aber hatte ich ihr innerlich abgubittelt. Ich schob mich durchs Gedränge am Leipziger Platz und finde plötzlich die Aussicht durch eine breite Rückfront versperrt, die ich als die vor mir lustwandelnde Frau Schlächtermeister Goldpreis erkennungslos.

Möglich bleibt sie stehen, greift in eine Tüte von Badpapier und reißt einen dicken Pöcken Banknoten dem Bettler am Jaun, der sich laut Pöppel als „Blind und achtsamer Familienvater“ ausweist.

Ich staune und bestaune, weiter zu beobachten. Nach zwanzig Schritten wiederholt sich das Schauspiel bei dem Kriegsbefähigten, der seine Probe über die Barriere über den Bürgersteig gelegt hat. Dann kommt der Mann dran, der auf einer selbstgegründeten Geige mimmert, die nächste Station bildet eine halberhungerte Großmutter mit Entschind. Alle bekommen sie ein Bündel Geldscheine, die wie eine Bauernstulle.

Aber Frau Goldpreis scheint vom Erfolge ihrer Wohltätigkeit noch nicht befriedigt zu sein. Als ich sie anspreche und ihr ein Kompliment über ihr Verhalten mache, stöhnt sie:

„Ach Zeit, hier soll es nu von Bettlern wimmeln, und wenn man welche braucht, denn sint man keine. Gottlob, da is noch eener!“ Und sie feuert auf den gelähmten Dreihörner, zu dem sie den Rest der Tüte in den Schoß schüttelt.

Solche Hochherzigkeit gibt mir den Mut zu einigen Fragen an Frau Goldpreis. Es bebrüde sie gewiß, daß sie so hohe Preise für das Fleisch fordern müsse, und sie luche auf diesem Wege Beruhigung ihres Gewissens.

Frau Goldpreis starrt mich verständnislos an: „Was? Kee ... Aber wissen Sie, da ha is nu drei Jahre lang aus meine Lodenlöse die rostfestesten Hunderte beiseite jetzigt. Und wa jetzt raus is, dat det Zeug doch nicht wert is, muh id's doch irendwie loswerden!“ R. n. B.

Künstlerin und Virtuofin.

Seit ich die jugendliche Tänzerin Luise Fournes vor etwa drei Vierteljahr zum erstenmal im Schwefel-Saal sah — ich glaube, es war damals ihr erstes Debüt —, hat sie ihre Kunst sehr wesentlich kultiviert. Die Durchbildung des Körpers ist enorm gestiegen. Es gibt keine Stereotypen, keine toten Bewegungen mehr, jedes Glied wirkt lebendig zum Ganzen, wenn auch der Brennpunkt des Ausdrucks noch immer in Schultern und Handgelenken liegt und der Fuß zuweilen am Boden zu stehen scheint. Aber das Gefühl wuchtiger Schwere gehört zum persönlichen Stil dieser ersten Kunst, deren besondere Charmer in einer gewissen Strenge

den besetzten Gebieten machen sollte. In diesem Augenblick kamen eine große Anzahl Teilnehmer in der Konföderation zusammen, um zu beratschlagen, ob es möglich wäre, die Gründung einer selbständigen cislebanischen Republik auf dem linken Rheinufer ins Werk zu setzen. Sie taten dies einerseits aus Unterwürigkeit gegen Frankreich, andererseits um das größere Uebel, die vollständige Annexion, zu verhüten. Koblenz wurde der Sitz der Konföderation. In den Sommermonaten des Jahres 1797 gelangte sie vorübergehend zu einer gewissen Bedeutung, als der damalige französische Oberbefehlshaber und Zivilgouverneur auf sie aufmerksam wurde. Deht begann eine recht intensive propagandistische Tätigkeit, die zur Schaffung einer cislebanischen Tricolore führte. Im weiteren Verlaufe setzte man mit französischer Hilfe in verschiedenen Städten gewaltam cislebanische Regimenter ein und suchte die widerstrebende Bevölkerung durch das Versprechen der Aufhebung der Feudalabgaben und anderer drückender Verpflichtungen zu gewinnen. Doch diese ganze sonderbühnerische Bewegung blieb nur auf eine kleine Gruppe beschränkt. Die große Masse des rheinischen Volkes hielt sich von ihr fern. Schneller als man ahnte, hatte sich diese Scheinberrlichkeit ihr Ende erreicht. Am September 1797, als der Zivilgouverneur plötzlich starb, war alles zu Ende.

Nun verlangte Frankreich unerbittlich die Annexion. Die Konföderierten selbst, die die Brücken zu Deutschland bereits abgebrochen hatten, mußten sich, um nicht gänzlich in der Luft zu schweben, ab sie mochten oder nicht, unterwerfen. Aber mit der großen Masse des rheinischen Volkes, das die Wirkungen des französischen Ausdrucksorgans von Tag zu Tag mehr zu spüren bekam, hatten sie bereits jegliche Fühlung verloren. An dieser Tatsache konnte auch ein mit großem Tamam aufgemachter Volksabstimmungszug für eine Annexion im Frühjahr 1798 nichts ändern. Er endete trotz aller Bemühungen mit einer kläglichen Niederlage.

Auch heute möchte Frankreich dem Rheinland einreden, daß es ihm nur die wahre Freiheit bringen wolle und müht sich damit ab, durch die Protektion einer angeblich föderalistischen Bewegung, hinter der nichts Ernsthaftes steht, über ihre wahren Ziele hinwegzuläufeln. Auch heute würden ähnliche Illusionen wie die von 1797 die gleiche Enttäuschung erleben. Die letzten vier Jahre haben es dem Rheinland wohl zur Genüge klargemacht, daß jedes Zugeständnis an die französische Rheinpolitik heute wie vor 125 Jahren von Frankreich nur als ein Beweis zur Durchsetzung der von ihm beabsichtigten dauernden Beherrschung des linken Rheinufers ausgenutzt werden würde.

Turniere Kunstigen. Hermann Sandfuß veranstaltet am Donnerstag 21. Ubr eine Fährung durch die Kunstgen. Karten an der Kasse und bei Tharba, Potsdamer Straße 12.

Die Truppe bereitet als nächste Uraufführung Georg Kaisers „Rebenelander“, Volkslied 1923“, vor. George Groß hat den Entwurf der Bühnenbilder übernommen.

Die Pädagogische Woche der Akademischen Kurse in Düsseldorf, die vom 22. bis 27. Oktober stattfinden sollte, ist wegen der ungenügenden Teilnehmerzahl auf den 2. bis 9. Januar 1924 verschoben worden.

Die Buchhändlerkassenzahl beträgt jetzt 10 Milliarden.

Einheitskurs für Devisen.

Angelehnt der künstlich hoch gesprochenen Devisenkurse hat die Reichsregierung folgende Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschahenweisungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen:

§ 1. Der Erwerb und die Veräußerung von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt, gegen Reichsmark oder Wertpapiere jeder Art, die auf Reichsmark lauten, sowie von Dollarschahenweisungen ist im Inland und Ausland nur zu dem amtlich in Berlin notierten Kurse des Tages des Geschäftsabchlusses zulässig, und zwar zu dem Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischenliegenden Kurse. Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung sind Geldforten, Papiergeld, Banknoten und dergleichen, Auszahlungen, Anweisungen, Schecks und Wechsel.

Eine amtliche Notierung wird als vorliegend nur angesehen, wenn in der Währung am Tage des Geschäfts eine amtliche Notierung des Kurses der Auszahlung erfolgt. An Tagen, an denen eine amtliche Notierung der Auszahlung nicht stattfindet, dürfen in der Währung Geschäfte nicht abgeschlossen werden.

Der Kurs für Auszahlung ist auch für Geschäfte in Geldforten maßgebend, wenn für die Geldforten kein besonderer amtlicher Kurs notiert wird. Wird ein besonderer Kurs notiert, so gilt er nur für Geschäfte in Geldforten.

§ 2. § 1 Abs. 1 findet auf Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin nicht erfolgt, mit der Maßgabe Anwendung, daß der Erwerb und die Veräußerung nur zu den Preisen zulässig ist, die von einem Ausschuss der Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Wertpapierverkehr ermittelt und regelmäßig in der Presse veröffentlicht werden. Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschlüssen in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise.

Somit für Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung weder eine amtliche Notierung in Berlin erfolgt noch gemäß Abs. 1 Preise ermittelt werden, ist der Erwerb und die Veräußerung gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, unter der Voraussetzung zulässig, daß der Preis auf der Grundlage einerseits eines im Ausland bestehenden Kurses dieser Zahlungsmittel und andererseits des Berliner amtlichen Kurses der Währung des ausländischen Börsenplatzes errechnet ist.

§ 3. Devisenbanken und Wechselstuben können ausländische Geldforten, Papiergeld, Banknoten auch zu einem Preise erwerben, der hinter dem letzten amtlichen Kurse oder den nach § 2 ermittelten Preisen zurückbleibt.

Devisenbanken dürfen Beträge bis zu 5 Pfund (englisch) oder dem entsprechenden Betrag in einer anderen ausländischen Währung auch zum festbekannten amtlichen Kurse abgeben.

Wenn ein Reisescheck oder ein Reisekreditbrief, der von einer ausländischen Bank ausgestellt ist und auf ausländische Währung lautet, von der Person, auf deren Namen er ausgestellt ist, zur Einlösung vorgelegt wird, und diese Person im Inland weder Wohnsitz noch dauernden Aufenthalt hat, kann die Devisenbank ausländische Geldforten, Papiergeld, Banknoten auch zu einem Preise abgeben, der hinter dem letzten amtlichen Kurse oder den nach § 2 ermittelten Preisen zurückbleibt.

§ 4. Geschäfte, die gegen die Vorschriften der §§ 1 bis 3 verstoßen, sind nichtig.

Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluss des Geschäfts nicht kannten.

§ 5. §§ 1 bis 4 finden auf Geschäfte, die mit der Reichsbank oder mit der Devisenbeschaffungstelle abgeschlossen werden, keine Anwendung.

§ 6. Als Kurse ausländischer Zahlungsmittel oder als Kurse der Reichsmark dürfen nur die amtlichen Notierungen der Berliner Börse oder ihnen gleichgestellten Preise veröffentlicht werden.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieser Verordnung zumwiderhandelt.

Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich zu einer solchen Zuwiderhandlung auffordert, anreizt oder sich erbietet.

Neben der Strafe können die ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören. Erweist sich die Einziehung als nicht durchführbar, so kann das Gericht nachträglich durch Beschluss die Einziehung des Wertes anordnen.

Der Feststellung des Wertes der Zahlungsmittel und Forderungen ist, soweit eine amtliche Kursnotierung an der Berliner Börse erfolgt, der mittlere Kurswert dieser Börse im Zeitpunkt der vorzunehmenden Handlung zugrunde zu legen.

Neben der Strafe kann anordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 26 Absatz 3, 4 der Freiheitsberaubungsordnung vom 13. Juli 1923 („Reichsgesetzblatt“ I S. 709) gelten entsprechend.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung kann ferner der Kommissar für Devisenerfassung durch Ordnungsstrafe bis zu 10 000 Goldmark ahnden. § 15 der Durchführungsvorschriften zur Verordnung des Reichspräsidenten über Devisenerfassung vom 7. September 1923 („Reichsgesetzblatt“ I S. 885) gilt entsprechend.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt auch die Verbreitung durch das Reichsische Telegraphen-Bureau in Berlin und die Veröffentlichung durch die Presse.

Verbot der „Roten Fahne“.

Stillelegung des ganzen Druckereibetriebes.

Die am Sonntag wieder erschienene „Rote Fahne“ ist gestern erneut von den Militärbehörden verboten worden, ohne daß darüber der Presse eine amtliche Notiz zugegangen wäre. Da die „Rote Fahne“ in ihrer Monologausgabe erklärte, die Durchführung des Verbotes würde unmöglich sein, so ist jetzt durch Militär und Polizei die Friedrichshafendruckerei, in der die „Fahne“ hergestellt wird, geschlossen worden. In der Friedrichshafendruckerei werden aber keineswegs nur die „Rote Fahne“, sondern auch zahllose andere Druckschriften hergestellt. Die Abschließung der Druckerei ist deshalb gleichbedeutend mit der Brotlosmachung von über 200 Arbeitern und muß die allgemeine Erregung in der Arbeiterschaft nur noch mehr steigern. Die Maßnahme ist deshalb außerordentlich bedauerlich und wir erwarten, daß die Behörden sie unbedingt zurücknehmen. Das Verbot der „Roten Fahne“, wenn es einmal erlassen ist, läßt sich auch durchführen, wenn der sonstige Druckereibetrieb ungehindert weiter arbeitet.

Ämlich wird dazu folgendes mitgeteilt:

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die kommunistische Friedrichshafendruckerei (Friedrichstr. 225), in welcher verschiedene kommunistische Zeitungen, wie die „Rote Fahne“, sowie allerhand Propagandaschriften gedruckt werden, ist auf Anordnung des Militärbefehlshabers von der Berliner Polizei geschlossen und verriegelt worden, da in den letzten Tagen verbotswidrigerweise zahlreiche zum Generalstreik und zur Bewaffnung des Proletariats auffordernde Flugblätter gedruckt worden sind.

Die amtliche Meldung ist insofern irreführend, als in der Friedrichshafendruckerei keineswegs nur kommunistische Propagandaschriften gedruckt wurden und die restlose Stillelegung der Druckerei im vollen Umfang sich aus dem Verbot der „Roten Fahne“ allein nicht rechtfertigen läßt.

Ein Nachruf der Brotkarte.

Die Brotkarte ist gestorben. Friede sei mit ihr. Sie war ein Kriegskind von schlichtem, volkstümlichem Charakter. Niemand freute sich über ihre Geburt. Die Reichen rümpften bei ihrem Anblick die Nase, die Armen seufzten schwerer und nahmen sie ergeben als einen neuen Schicksalsstoß hin.

Sie brachte nichts Gutes mit sich. Kartoffel- und dann Rübenbrat, pampig und glitschig, dumpf und verschimmelt. Dann triegte sie allerlei Geschwister. Jedes neue derartige Kriegskind löste ein Stück Freude, und doch murkte niemand. Jeder erkannte die Tüchtigkeit der Karten an. Sie gaben schlichtes, verdorbenes, mageres Essen, aber sie gaben doch Essen! Sie gaben zu wenig, aber sie gaben doch etwas!

Die Geschwister der Brotkarte waren nicht lebensfähig. Schwache Kriegskinder, konnten sie sich in dem Krieg nach dem Krieg nicht erhalten. Böse Menschen nahmen ihnen unter verschiedensten Vorwänden das Leben. Was wurden nicht für Gründe vorgebracht, um das Leben dieser Nahrungsmittelkinder abzuführen. Nur der wahre Grund wurde nie genannt: weil sie magerer Kriegskinder waren, gaben sie auch nur mageren Verdienst. Sie waren für Rot berechnet, und Rot ist ein Verbrechen an Verdienstmöglichkeiten. Und so wurden die Karten eine nach der anderen abgeschlachtet, damit einige Wäuche sich besser füttern können. Nur an die Brotkarte wagten sie sich nicht heran. Die Begriffe Brot und Hunger sind von alters her zu nahe verwandt, und das Gespenst des nackten Hungers herauszubeschwören, zauderten selbst die bestgeantanten Gewinnler. Nicht schwere Jahre hindurch konnte sich darum die Brotkarte erhalten, bis schließlich die letzte Rot des Reiches selbst das Amt der Brotkarte den freiwilligen Spenden überlassen mußte.

Aber die Müdigkeit des Reichtums ist eine unsichere Quelle und sie wird kaum die treue Dienerin ersehen können. Schon die ersten Tage nach ihrem Eingehen erinnerten die Geldhüter, daß der Hunger eine Grenze ist, über die hinaus man auch das geduldigste Volk der Welt nicht treiben darf. Es ist nicht gut, wenn die treue Karte fehlt, die jedem wenigstens die Sicherheit gab, ein Brot in der Woche die ganze Woche hindurch zu demselben Preise kaufen zu können. Es ist nicht gut, wenn man nicht weiß, ob man sich morgen das Brot kaufen kann, für das man heute das Geld verdient hat. Die Karte ist noch nicht eine Woche weg und schon wird mancher Sehnsucht nach ihr haben, mancher, der vielleicht selbst noch imstande ist, das teure Brot zu bezahlen.

Die Karte war von schlichtem, volkstümlichem Charakter, sie hatte keine Schönheit an sich — und doch wollen wir auf ihre Auferstehung hoffen.

Die Schwierigkeiten bei der Brotversorgung haben heute ihren Fortgang genommen. Brot war bereits in den frühen Vormittagsstunden nicht mehr zu haben. Einige Bäckereien hielten überhaupt geschlossen. Der größte Ansturm dürfte sich in den ersten Nachmittagsstunden abspielen, wo die Bäcker gewöhnlich mit dem Verkauf des frischen Brotes zu beginnen pflegen.

Festnahme einer Großdiebesbande.

Metaldiebstähle bei der Eisenbahn sind leicht und ungefährlich. Der Kriminalpolizei unter Leitung des Kommissars Dr. Bernhardt ist es nunmehr gelungen, eine Diebesbande von 20 Mann hinter Schloß und Riegel zu bringen, die in der Neujahrsnacht d. J. einen von den beiden Bogersfiguren auf dem Gehrbühnen Platz gestohlen hatten und in der Folge auf der Station Glöwen der Berlin-Hamburger Bahn Hunderten von dort zur Reparatur aufgefahrenden Eisenbahnwagen aller Metalle beraubten. Dem Eisenbahnstatus sind dadurch Verluste von Billionenwerten entstanden. Der Öffentlichkeit wird es interessieren, zu erfahren, warum die Eisenbahnverwaltung anscheinend nichts getan hat, um durch eine ausreichende Bewachung, die sich bezahlt gemacht hätte, diese Diebstähle zu verhindern.

Haupttäter waren ein Fritz Böhle aus der Manufakturstraße und ein August Rohfs aus der Mariannenstraße. Beide, gewerbsmäßige Metaldiebe, hatten ein Auge auf die Bogersgruppe geworfen. In der Neujahrsnacht kamen sie mit ihrem Knappe, fügten einen zwei Zentner schweren Bogen ab, zerstückten ihn zu Hause und verkauften ihn als Almetall. Sehr enttäuscht waren sie, als sie wieder kamen um auch den anderen Bogen zu holen, ihn aber nicht mehr vorfinden, da ihn der Magistrat hatte in Sicherheit bringen lassen. Dann machten die beiden Streifzüge in der Umgegend von Groß-Berlin. In den Stadtbahnwagen war kein Griff und keine Rinne vor ihnen sicher. An einem Orte montierten sie eine ganze Solomotive ab. Das Hauptarbeitsfeld der Bande war die Station Glöwen an der Berlin-Hamburger Bahn. Hier stehen auf toten Gleisen immer Hunderte von Eisenbahnwagen, die nach und nach in die Reparatur gebracht werden. Ein paarmal in jeder Woche machten Böhle und Rohfs dorthin ihre Ausflüge und untersuchten die Wagen so genau, daß von ihnen Metallstücken nicht viel mehr zurückblieb. Die Geschäfte gingen so gut, und waren so lohnend, daß die Hauptdiebe nach und nach auch andere Leute als Träger mitnahmen. Diese überzeugten sich dann bald, daß die Metaldiebstähle in Glöwen ziemlich leicht und ungefährlich waren, machten sich „selbständig“ und zogen nun wieder mit anderen Helfershelfern, Verwandten oder Bekannten, ebenfalls hinaus. So entstand den Arbeitern eine bedeutende Konkurrenz, dem Eisenbahnstatus aber ein Verlust von Billionenwerten. Das gefohlene Gut, nicht nur Metall, sondern auch Stoffe und Leder von den gepolsterten Bänken wurde überall an Altwarenmärkte verkauft. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Dr. Bernhardt im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums entgegen.

Protest des Mieterbundes.

Der Vorstand des Deutschen Mieterbundes hat zur Neuregelung des Wohnungswesens folgende Entschiedenheit gefaßt: „Der am 18. Oktober 1923 zu einer Sitzung zusammengetretene Vorstand des Deutschen Mieterbundes (Sitz Berlin) erkläre in den in der Tagespresse veröffentlichten Beschlüssen des Reichskabinetts nicht den Weg zur Befreiung des Wohnungswesens, sondern den Weg zur Wiederherstellung der früheren privatrechtlichen Wohnungswirtschaft mit ihren schweren sozialen und volkswirtschaftlichen Schäden und den Weg zum völligen Zusammenbruch der Wohnungswirtschaft wie der Volkswirtschaft überhaupt. Der vom Reichskabinetts infolge des starken Druckes der Spekulation und der mit ihr verbundenen Interessengruppen gefaßte Beschluß auf Wiederherstellung der Friedensmieten im Zeitraum eines Jahres erscheint unserer Organisation als der gefährlichste Stoß gegen die Interessen nicht nur der breiten erwerbstätigen Volksmassen, die kaum noch ihr nacktes Leben fristen können, sondern auch weiter Kreise der übrigen Mieterbewegung, deren solches Einkommen heute geringer ist als die in Friedensmark umgerechnete Miete. — Der Vorstand hat mit großer Empörung davon Kenntnis genommen, daß diese weittragenden und unsere Volkswirtschaft aufs schwerste gefährdenden Beschlüsse ohne Anhörung der Vertreter der organisierten Mieterchaft und in einem Augenblick gefaßt wurden, in welchem jede Mehrdeutigkeit der Mieterchaft abgelehnt wer-

träglich ist. In einer ausführlichen Denkschrift wird der Vorstand die Notwendigkeit darlegen, die zwangsweise öffentliche Regelung der Mietpreisbildung bis zur Ueberleitung des Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft unbedingt beizubehalten und jede nicht unumgänglich notwendige Steigerung der Mieten hinstanzustellen. Nur in diesem Fall ist die Mieterchaft bereit, weitere Opfer für eine gemeinnützige Neubautätigkeit auf sich zu nehmen. — Der Vorstand erwirbt von der Reichsregierung, daß vor irgendwelchen einschneidenden Maßnahmen in der Wohnungsfrage unbedingt den Vertretern der organisierten Mieterchaft Gelegenheit gegeben wird, ihren entgegengesetzten Standpunkt eingehend darzulegen. Die Verantwortung für die schweren Folgen eines einseitigen Vorgehens der Reichsregierung lehnt die organisierte Mieterchaft entschieden ab.“

Die Postdiebe von Wilmersdorf.

Warum Beobachtungen durch Defektive nicht möglich waren.

Nach mehrtägiger Unterbrechung wurden gestern die Verhandlungen gegen die 40 Wilmersdorfer Postdiebe und deren Frauen und Freundinnen durch Landgerichtsdirektor Buddenberg fortgesetzt. In der Hauptsache handelte es sich um die Klärung des Verhältnisses des Angeklagten Behrend zu den höherem vorgelegten Beamten. Es kommt dabei zu merkwürdigen Auszügen der oberen Beamten, aus denen hervorzugehen scheint, daß es die oberen Postbehörden aus rein bürokratischen Bedenken verabsäumt haben, die Diebesgesellschaft durch Kriminalbeamte und Defektive längere Zeit beobachten zu lassen.

Der Oberpostdirektor a. D. Kiebel, der Leiter des Postamtes Wilmersdorf zur Zeit der Diebstähle, schilderte nochmals in längeren Darlegungen die Zustände auf dem Postamt und betonte, daß er nicht insofern der Diebstähle personifiziert worden sei. Eine Autorität aufrechtzuerhalten, war nicht möglich. Der höhere Beamten wurde, insbesondere von Behrend, erklärt: „Wir brauchen keine höheren Beamten, das machen wir alles allein.“ Als er verlesen werden sollte, beschwerte er sich einfach beim Postminister Giesberts. R. A. Bahn: Haben Sie denn keinen Bericht über die Zustände an das Ministerium gemacht? Zeuge: Nicht an das Ministerium, aber an die Oberpostdirektion. Es wurde mir aber immer bedeutet, wir müßten sehen mit dem Personal gut auszukommen. Als ich das Personal in der Dienststrumen verlor, hieß es: „Wenn man zum Minister kommt, taucht er ja auch seine beiden Zigarren.“ R. A. Bahn: Das alles erklärt doch nicht die ungenügende Bewachung von 1919 bis 1922. Warum haben Sie denn nicht einen Kriminalbeamten eingestellt? Zeuge: Die vorgelegte Behörde lehnte die Einstellung eines Kriminalbeamten ab, obwohl ich mehrfach darum bat. Sachverständiger Oberpostdir. Böhle: Die Einstellung eines Kriminalbeamten vertritt sich nicht mit dem Briefgeheimnis. R. A. Bahn: Das hat doch nichts mit den Diebstählen zu tun. Justizrat Friedemann: Was kann der Zeuge über Kirsten sagen? Zeuge Kiebel: Kirsten war ein höflicher Mann, aber es ging von ihm das Gerücht, daß, wer sich mit Kirsten nicht gut stelle, hinausfliege. Auch ich wurde von den Leuten nicht gut behandelt. Auch dieser Zeuge äußert sich über das anmaßende Auftreten Behrends sehr scharf. Seinen Vorgesetzten gegenüber benahm sich Behrend auf das schroffste. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Ein Feind der Arbeiterchaft.

Der Vorstand des Arbeiter-Abstinenzbundes bittet um die Veröffentlichung des folgenden Schreibens:

Die furchtbare Not der Massen hat im Verein mit der Vertenerung der geistigen Getränke zu einer Eindämmung des Alkoholenusses beigetragen. Aber die Gefahr, die gerade der aufstrebenden Arbeiterschaft von dem heimischen wachsenden Genußmittel droht, ist nicht befehligt; sie kann in Reiten, im Großen auf dem Spiele stehen, sich überaus verhängnisvoll auswirken. Heute wird von der gesamten Arbeiterklasse wie von jedem einzelnen ihrer Angehörigen ein Höchstmaß von kluger Besonnenheit, zäher Ausdauer und opferwilliger Kampfbereitschaft gefordert, heute müssen jedem Genossen in jedem Augenblick alle seine geistigen und sittlichen Kräfte unermüdet zur Verfügung stehen. Darum rufen wir Arbeiter-Abstinenzler, die wir ein Teil des sozialistischen Proletariats sind, unteren Klassen-genossen jetzt zu: Halte alle eure Konferenzen, Versammlungen und erstreck eure Aktionen alkoholfrei! Sorge dafür, daß die Alkoholinindustrie die ihr von den Schartmachern zugewiesene „politische Mission“, das Volk zu betäuben und zu verdrümmen, nicht erfüllen kann! Weist strenge Gelbstaub im Interesse des großen Vieles! Und ihr werdet die gewaltigen Aufgaben, vor die Euch die Gegenwart gestellt hat, leichter bewältigen können.

Eine Volksbefreiungs-Kriegsgesellschaft wurde kürzlich in Berlin mit einem Stammkapital von 1 Milliarde Mark ins Leben gerufen. Die Firma, die durch große Eigenfabrikation und Einkauf im großen zu einem billigen Befreiungspreis zu gelangen sucht, will ihre Waren auf dem Wege des wertbeständigen Abzahlungsgeschäftes durch ständige eigene Verkaufsstellen den Konsumenten zuführen und ihnen so die Möglichkeit zur Anschaffung größerer Kleidungsstücke geben, die sie sonst bei den augenblicklichen Gehaltsverhältnissen nicht erwerben können.

Die Volkshochschule Groß-Berlin beginnt ihre Tätigkeit für dieses Lehrjahr in der laufenden Woche. Lehrpläne, Vorträge und Kunstausstellungen sind an folgenden Stellen erhältlich: Für die nördlichen Stadtteile abends 8-9, Kleinstraße 49. — Für die nördlichen Stadtteile abends 8-9, Volkstrasse 44/46. — Für den Südosten abends 8-9, Bildnerstraße 53, Treptow, und Montags, Mittwochs, Donnerstags 8-9 im Tagum Baumhuldenweg. — Für Westlich und Umgegend Montags bis Mittwochs 8-9 abends, Boddinstraße 34/38. Außerdem finden besondere Veranstaltungen statt: Prof. Deegener, Zoologie, Beginn 22. 10., abends 8, Invalidenstrasse 43; Dr. Krause, Manuelle Heillehre, Beginn 28. 10., abends 7, Invalidenstrasse 43; Dr. W. Krans, Lateinische Sprache, Beginn 26. 10., abends 8, Georgenstraße 34/36. — N 17, „Jugend und Mitemensch“, ab 26. 10., 7 1/2, 6 mal 2 Stunden, Freitag, Kleinstraße 49, Sonderveranstaltung „Jugend, Beruf und Staat“, Besprechung von Redatoren am 27. 10., 7 1/2, 4 mal 2 Stunden, 14 tägig, Montag, Reichstagsufer 6. Beide Arbeitsgemeinschaften werden geleitet von Dr. Eile Hilbrant. Lehrpläne sind auch Georgenstraße 34/36 beim Führer erhältlich.

Interichtskurse für Arbeiter. Anmeldungen für Nach- und Deutschkurse werden wieder angenommen. Für einen 10 wöchigen Lehrgang wird ein Preis von durchschnittlich 3 Arbeitsstunden gefordert. Schullokale, Kunst und Anmeldung: Rouben, Kleinstr. 49, am Montag, den 22. 10.; Zentrum, Niederstr. 12, am Dienstag, den 23. 10.; Reinhold, Kaller-Friedrich-Strasse 208, am Mittwoch, den 24. 10.; Piktensberg, Kaldauerstr. 8, am Donnerstag, den 25. 10.; Charlottenburg, Schillerstr. 26, am Freitag, den 26. 10.

Vereiteltes Eisenbahnverbrechen bei Hamburg.

Der am Montag abend von Lübeck 9:35 Uhr nach Hamburg abgehende Zug konnte nur bis Ahrensburg gelangen. Ein Streckenläufer trotz seiner Dienstfahre zwischen Ahrensburg und Ahrensburg steht eine Bande, die damit beschäftigt war, die Eisenbahnhüttenen aufzureißen. Da der Beamte allein nichts ausrichten konnte, eilte er nach Ahrensburg zurück, um Meldung zu erstatten. Hier wurde der von Lübeck eintreffende Zug festgehalten. Gleichzeitig wurde veranlaßt, daß der um 10 Uhr nach Hamburg abgehende Zug in Ahrensburg angehalten wurde. Die Behörden der Umgegend und die Polizei wurden in Kenntnis gesetzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Stimmlich mild, vorherrschend wolkig mit Regenschauern und starken südwestlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

„Generalstreik!“

Die beneidenswertesten Mitglieder sind doch die Führer der Ammunisten. Sie haben gegen alle Unbillen der politischen Willkür, gegen alle wirtschaftlichen Räte, gegen die Papierlöhne, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Brotverforgung und die Kartoffelverweigerung, kurzum gegen alle Not ein Rezept in der Tasche, das sie immer wieder anpreisen als ganz unfehlbares, als einziges, als tödliches wirkendes Mittel. Es gibt nichts Einfacheres auf der ganzen Welt. Man kommen was da will, man kommt mit diesem Rezept nie aus dem fechtigen Gleichgewicht, kann mit stoischer Ruhe die Dinge an sich herantommen lassen, hat nicht nötig, sich irgendwo den Kopf zu zerbrechen, selbst wenn alles drunter und drüber geht: Generalstreik!

Es bleiben dabei zwei Möglichkeiten. Entweder die große Masse macht von diesem Mittel keinen Gebrauch, weil sie an seine unfehlbare Wirkung in allen Fällen nicht glaubt — dann ist es ihre eigene Schuld, wenn sie sich die günstige Gelegenheit entgehen läßt, aus ihrer Not herauszukommen, dann sind es vor allem die „verräterischen“ Führer, die davon abgeraten haben, die Schuld daran sind, daß es nicht mit einem Schlage besser wird. Wird aber der Generalstreik unternommen und er führt nur noch tiefer ins Elend hinein anstatt heraus — dann lag das ja nach den Umständen an den besonderen Verhältnissen und — ein neuer Generalstreik ist notwendig. So oder so: Generalstreik! „Nur der Generalstreik kann uns retten.“

Wir fürchten nur, daß, wenn das Kampfmittel des politischen Massenstreiks in dieser Weise durch die alltägliche Spielerei damit abgeputzt wird, es schließlich verliert, wenn es gebraucht werden muß. Es ist nicht das Mittel selbst, als das es in marxistischer Weise tagtäglich angepriesen wird. Jedoch ein Mittel, das unter Umständen angewandt werden muß, weshalb es als Spielzeug ungeeignet ist und nicht Händen überlassen werden darf, die damit Unheil sät und Unheil stiften. Deshalb müssen wir alle „Parolen“ von Unverantwortlichen ablehnen und dürfen nur einer von Gewerkschaften und Partei ausgehenden Parole folgen.

Lehrlingsausbildung.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat durch sein 1. geschäftsführendes Präsidialmitglied der Presse folgende Zuschrift übermittelt, mit obiger Überschrift:

„Das Reichsarbeitsministerium hat den gewerblichen Kreisen einen Gesetzentwurf über die Ausbildung Jugendlicher zur Berufsausbildung übermitteln, der demnachst in einem Arbeitsausschuß, dem Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstags, der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften angehören, durchgearbeitet werden soll. Der Entwurf dürfte eine vollständige Umarbeitung erfahren, da sich gegen die Einbeziehung der jugendlichen Arbeiter in das Gesetz, gegen die Kontrolle der Lehrlingsausbildung mit Hilfe eines ganz neuen bürokratischen Apparates und gegen den Gedanken, die Durchführung des Gesetzes durch paritätische Ausschüsse der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und an der Jugendpflege beteiligten Kreise vorzunehmen, sehr erheblicher Widerstand bemerkbar macht. Der Gedanke, die Durchführung des Gesetzes und der gesamten Lehrlingsausbildung einer Art Selbstverwaltung der Unternehmer und Arbeiter zu überantworten, wird sehr beifällig begrüßt. Aber die praktische Form, wie der Gesetzgeber dieses Ziel verwirklichen will, wird ebenso einstimmig abgelehnt. Der Gesetzgeber beabsichtigt nämlich, vorläufig den paritätischen Ausschuß, der die Lehrlingsausbildung beobachten soll, ganz unabhängig von den Berufskammern und Gewerkschaften mit selbständigen Befugnissen auszustatten, während die Berufskammern auf dem Standpunkt stehen, daß diese Angelegenheit zwar paritätisch zu regeln sei, es aber den Berufskammern und Gewerkschaften überlassen werden müsse, sich ein von ihnen abhängiges Organ für diese Zwecke zu schaffen.“

Seit Jahren wird die längst notwendige Reform des Lehrlingwesens betrieben. Insbesondere war es unser Genosse Sassenbach, der im Auftrag des ADGB, die Angelegenheit in Fluss brachte, die Sachkundigen und Interessenten aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen zu wertvollen Beratungen veranlaßte. Als man annehmen konnte, die Vorarbeiten seien nun endlich abgeschlossen, tauchte als neues Moment die Absicht auf, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zusammenzufassen, was die Angelegenheit über Gebühr verzögerte. Seit dem Frühjahr dieses Jahres liegt ein neuer Entwurf vor, mit dessen Grundzügen die beteiligten Kreise vertraut gemacht wurden.

Die in der vorstehenden Darlegung der Arbeitgeberkreise enthaltenen Einwendungen bedeuten eine weitere Verschleppung, wenn nicht gar eine direkte Sabotage der ganzen bisherigen Arbeit. Zu dem Industrie- und Handelstag und den Arbeitgeberverbänden kommt sicherlich noch der Handwerkstammtag, der von den einzelnen Innungsverbänden und den Handwerkskammern beeinflusst wird. Nur ja keinen Fortschritt! Oder doch höchstens eine Reform nach dem Rezept: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß.“ Wir sind nur gespannt darauf, was nach den Ausführungen der Unternehmer vor dem ganzen Entwurf noch übrig bleiben wird. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls in Ausführung der Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses alles versuchen, die Lehrlingsreform endlich aus dem Stadium der Vorberatungen, Ermägungen und — der Sabotage herauszubringen. Geduld haben sie bisher wirklich genug aufgebracht.

Die Reisekostenvergütung an Erwerbslose.

In einer kleinen Anfrage im preussischen Landtag wurde das Staatsministerium gefragt, ob es bereit sei, den Erwerbslosen zur Verfügung zu stellen, aus denen die Reisekosten solcher Erwerbslosen bestritten werden können, die nachweislich für längere Zeit auf das Land zum Kartoffelgraben oder zu sonstigen landlichen Arbeiten fahren. Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mittelt, beantwortet der Minister für Volkswohlfahrt die Anfrage folgendermaßen:

„Sobald bei einem Arbeitslosen die Voraussetzungen für den Bezug der Erwerbslosenfürsorge auf Grund der Reichsverordnung vorliegen, können gemäß Erlass vom 20. Juli 1921 aus Mitteln der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge die Reisekosten nach dem Beschäftigungsort gewährt werden, wenn ein fester Arbeitsvertrag abgeschlossen worden ist. — Kommt für einen Arbeitslosen die Gewährung einer Reisebeihilfe aus Mitteln der

unterstützenden Erwerbslosenfürsorge nicht in Frage, weil er die Voraussetzungen für den Bezug der Unterstützung nicht erfüllt hat, so muß versucht werden, die Mittel anderweitig aufzubringen. Ein Teil der Reisekosten wird von dem Arbeitgeber zu tragen sein. Daneben aber scheint es gerechtfertigt, daß sich auch die Heimatgemeinde des Arbeitslosen an der Tragung der Reisekosten beteiligt, da durch die Vermittlung des Arbeitslosen der Arbeitsmarkt der Gemeinde entlastet wird.“

Einheitsfront im Sattlerverband.

Am 21. Oktober fand im Gewerkschaftshaus die ordentliche Generalversammlung statt. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Berufskollegen außerordentlich unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben. Nach dem letzten Bericht des Nachweises sind ungefähr 55 Proz. aller Kollegen arbeitslos. Als Vorkarbeiter können höchstens noch 15 Proz. in Rechnung gestellt werden. Diese Verhältnisse wirken sich naturgemäß auf die Organisation aus, indem auf allen Gebieten die größten Einschränkungen vorgenommen werden mußten. Wenn die Kollegen jedoch auf dem Posten sind und ihren Verpflichtungen nachkommen, dann ist es auch weiterhin möglich, daß alle Rechte in Anspruch genommen werden können.

Genosse Briniger hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage. In großen Zügen ging er auf die augenblicklichen Zustände ein und legte unter lebhaftem Beifall dar, daß die Arbeiterklasse nun endlich darangehen müsse, alles Trennende beiseite zu schieben und die drohende Gefahr für die Arbeiterklasse einheitlich abzuwehren.

In der Diskussion nahmen die Vertreter der Fraktionen das Wort und teilten mit, daß die Fraktionen übereingekommen seien, einen Aktionsausschuß zu bilden, in welchem je 3 Vertreter der VEPD, und KPD, vertreten sein sollen. Die Fraktionen schlagen eine Resolution zur Annahme vor, die sich deckt mit der von Mitgliedern der erweiterten Ortsverwaltung angenommenen Resolution. Ein Vertreter der KPD, versicherte rückhaltlose Unterstützung, und nachdem die Finanzierung des Aktionsausschusses, die auf dem Wege von Sammlungen erfolgen soll, festgelegt war, erfolgte einstimmige Annahme der Resolution und einstimmige Wahl der von den Fraktionen vorgeschlagenen Kollegen. Eine vorgenommene Sammlung ergab die Summe von 8 Millionen.

Die Versammlung nahm einen musterhaften Verlauf. Jeder einzelne hatte das Gefühl, daß es endlich an der Zeit sei, Hunger, Elend und Reaktion anders zu bekämpfen als bisher. Leistung und Mitgliedschaft des Sattlerverbandes werden jedenfalls das ihrige dazu beitragen.

Der Kollege, der in der Versammlung seinen grünen Hut gegen einen ebensolchen vertauschte, kann diesen im Bureau wieder umtauschen.

Unternehmerhege.

Dem Deutschen Bauwerkverband wird uns geschrieben: „Einige Berliner Baufirmen oder deren Beauftragte lassen es sich in letzter Zeit angelegen sein, ihrer Belegschaft vorzuschwären, daß einzig und allein die Verhandlungskommission der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände schuld daran sei, wenn nicht höhere Löhne vereinbart und den Verhältnissen entsprechend ausreichende Zuschüsse zur Ausschüttung gelangen. Hierin liegt natürlich System, und dürfte die Mitglieder des Bauwerkverbundes wahrlich nicht verlegen sein, jenen Parolisten die richtige Antwort zu geben. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich. Es ist zu empfehlen, daß die Arbeitnehmererschaft in ihrer Verweissungstimmung nicht unnötig gereizt und aufgepeitscht wird, sondern daß die Firmen bei Beschäftigungen weitgehendes Entgegenkommen zeigen.“

Das Elend der Rechtsanwaltsangestellten.

Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Berliner Rechtsanwaltsangestellten hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Franko lenkte vor den zahlreich erschienenen Kollegen an der Hand ausführlichen Taschenrechners die immer mehr zunehmende wirtschaftliche Berendung der Anwaltsangestellten dar und wies die Ursachen dafür nach. Dabei beleuchtete er scharf die rückständige und sozialfeindliche Haltung der Anwaltschaft. Nach einer regen Diskussion wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Die am 17. Oktober im „Kosenthaler Hof“ verammelten Rechtsanwaltsangestellten wenden sich mit Empörung gegen den Versuch der Anwälte, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen ihrer Angestellten zu verschlechtern. Ihre Begehren reichen zu einem menschenwürdigen Leben nicht aus. Darum verlangen sie eine angemessene Erhöhung ihres Realinkommens, das ihnen die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ermöglicht. Sie sind entschlossen, jeden Anschlag auf ihre einmal erlangten Rechte mit Entschiedenheit abzuwehren. Die anwesenden Herren Regierungsvertreter werden ersucht, die Anwaltsangestellten im Kampf um ihr Recht zu unterstützen.“

Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

Die fünfte internationale Arbeitskonferenz wurde gestern durch eine Rede des Präsidenten des Verwaltungsrats, Fontaine, eröffnet. Er stellte fest, daß von 57 bei dem Internationalen Arbeitsbureau eingeschriebenen Staaten 42 Länder Delegierte und Beobachter entsandten. Die Konferenz fand unter ihnen die sich bisher von der Mitarbeit zurückgezogen hatten, nämlich Argentinien, Perlen und Panama, und als neuer Staat Irland. Die Konferenz hat einen einzigen Beratungstext, nämlich die Entschiedenheit über internationale Grundzüge der Arbeitsinspektion.

Im Gläubiger Erbenrevier sind infolge zu niedriger Borschätzungen in verschiedenen Gruben die Belegschaften in den Streik getreten.

Die Hamburger Werftarbeiter haben am Sonnabend den Betrieb der deutschen Werft infolge Lohnstreikigkeiten stillgelegt. Gestern legten auch die Arbeiter von Janssen und Schmilinsky die Arbeit nieder und verließen den Betrieb. Auch bei Blohm und Voß ruht die Arbeit, doch befinden sich die Arbeiter im Betrieb.

Die Arbeitslosen der Stadt Danzig haben dem Senat folgende Forderungen vorgelegt: Sofortige Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit, Lieferung von 5 Zentnern Kartoffeln, Lieferung von 2 Raummetern Holz und 4 Zentnern Kohlen, sofortige Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe von 70 Goldmark und Auszahlung der zukünftigen Erwerbslosenunterstützung in einem werbendändigen Zahlungsmittel.

Wächung, Eisenbahn! Wegen Mittwoch,abend 6 1/2 Uhr in den Sophien-Sälen. Spätkinder, 12-18 Uhr in der Wächung. Wir bitten um rege Propaganda unter den Kollegen für die Veranstaltung. Mitgliedsbeitrag legitimiert. — Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Wirtschaft

Beschmähte Einnahmequellen des Staates.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Sanierung der Reichs- und Staatsfinanzen spielt bei den Erörterungen in der Öffentlichkeit eine Hauptrolle, um zu einer geordneten Wirtschaft und Währung zurückzuführen zu können. Lieberall machen sich Sparmaßnahmen bemerkbar, um die Ausgaben des Reichs oder der Länder so sehr wie nur möglich einzuschränken. Diese Bemühungen werden aber ihren Zweck verfehlen, wenn nicht gleichzeitig auch die Einnahmequellen gefördert werden. Hierbei stellt sich der staatliche Bürokratismus oft genug hindernd in den Weg. Nachstehendes Beispiel aus dem Amtsbereich des preussischen Handelsministers soll die auf solche Weise entstehenden Zustände näher beleuchten:

Die staatlichen Abgaben und Gebühren für Schifffahrt und Flößerei auf dem Ems-Jade-Kanal sind gegenüber dem Jahre von 1907 um 8. Juli 1923 um das 240fache erhöht worden. Seit diesem Tage ist eine weitere Gebührenerhöhung nicht mehr erfolgt, obwohl inzwischen eine Sprunghafte weitere Gebührenerhöhung zu verzeichnen ist. Die Stadt Emden berechnete für eine Brückenreue der Kettenbrücke eine Million Mark, während der Staat nach dem Tarif vom 8. Juli 1923 von demselben Schiff für dreimal Durchbrücken und zweimal Durchschleusen (je und schreibe 360 bis 480 Mark verlangt). Im gesamten Monat August sind an der Kesselschleuse 783 Fahrzeuge durchgeschleust worden, von denen 284 abgabenpflichtig waren. Die Einnahmen von diesen betragen 797 600 M. Unter Zugrundelegung der Stundenlöhne für August konnte die Verwaltung hiervon einen Mann etwa 4 bis 5 Stunden entlohnen. Beschäftigt werden 1 Schleusenmeister, 4 Schleusenbedienten, 3 Brückenwärter und 13 Unterhaltungsarbeiter. Unter Zugrundelegung von 208 Arbeitsstunden im Monat sind dies für das gesamte Personal 4368 Stunden, die zu bezahlen sind, denen eine Einnahme von 4 bis 5 Stundenlöhnen gegenübersteht. Für 4364 Stunden mußte die Bezahlung des Personals aus Mitteln der Allgemeinheit fließen, um den Interessenten niedrige Tarife zu erhalten.

Die Arbeitnehmer, die ein Interesse an der Wirtschaftlichkeit des Betriebes haben, gaben durch ihre Betriebsvertretung dem Handelsminister Siering hiervon Kenntnis, der in einer Sitzung über diese Frage anordnete, daß die Tariffälle auf Friedensgrundlage festzusetzen und mit einem wöchentlichen Index zu multiplizieren sind. Trotz dieser Anordnung, die Anfang September dieses Jahres erfolgte, sind die Gebühren bisher nur um das 15fache erhöht worden. Um das oben erwähnte Beispiel wieder heranzuziehen, ergibt sich die Tatsache, daß die Stadt Emden, die die gleiche Erhöhung vorgenommen hatte, für eine Brückenreue 15 Millionen Mark, der Staat also für dreimal Durchbrücken und zweimal Durchschleusen nur 5400 M. erhoben. Der letztere Betrag dürfte kaum dazu ausreichen, die Verwaltungskosten für die Einziehung, Verbuchung usw. zu decken. In einer Sitzung vom 27. September, an der der Hauptbetriebsrat für die preussische Wasserverwaltung und die Gewerkschaften beteiligt waren, wurde festgestellt, daß trotz der Anordnung des Ministers noch immer keine Erhöhung auf der vorgeschriebenen Grundlage erfolgt sei. Der zuständige Referent konnte nur erklären, daß die Anweisung zwar ausgefertigt, wahrscheinlich aber noch beim Reichsarchiv oder beim preussischen Finanzministerium läge, die ebenfalls bei dieser Frage mit beteiligt werden müssen. Zur Zeit der Abfassung dieses Berichtes ist noch nicht bekannt, ob der Gang der Bureaupläne schon so weit beschleunigt werden konnte, daß wenigstens feststeht, ob diese Ministerien auch bereit sind, der vom Handelsminister getroffenen Anordnung beizupflichten. Die Durchführung wird demzufolge wahrscheinlich noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Wir haben es für äußerst bedenklich, wie man in dieser Zeit wichtige Einnahmequellen ungenutzt läßt; anstatt durch eine kurze Referentenbesprechung die Angelegenheit zu beschleunigen, muß der geheimräthliche engherzige Bürokratismus seinen gewohnten Zustand beibehalten und Inanspruchnahme sehen zum Schaden der Allgemeinheit. Es ist dringend zu wünschen, daß die Bestrebungen des Genossen Siering als des veranimatorischen Ministers mit der notwendigen Beschleunigung und über bürokratische Bedenken hinweg durchgeführt werden. Bedenklich ist dazu erforderlich, daß in solchen Fragen die Abhängigkeit des Handelsministers von anderen Ressorts beseitigt wird, um ihm ein schnelles selbständiges Handeln zu ermöglichen. In der Arbeitnehmererschaft muß sonst der Eindruck entstehen, als ob nur sie das geeignete Objekt für Einnahmequellen und Sparmaßnahmen ist, daß dagegen Interessenten, die sich auf Kosten der Allgemeinheit in einer derartigen Weise bereichern können, unter allen Umständen auch weiterhin geschont werden müssen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 17. Reichs-Vollversammlung. Sitzung. Abteilungsleiter und Kassierer! Die Adressen der geschäftlichen Mitarbeiter sind bis spätestens Sonnabend dem Genossen Emil Richter, Eitelstr. 72, einzureichen.
- 17. Okt. Mittwoch, den 24. u. 25. 1/2 Uhr, bei Wolfshäger, Waldstr. 21, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Weinger über „Die politische Lage“. Die Funktionäre kommen um 6 1/2 Uhr zu einer wichtigen Besprechung zusammen. Mitgliedsbeitrag vorzeigen.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

168. Okt. Adlershof. Am 19. Oktober starb unser Genosse Leo Brof. Die Beerdigung erfolgt heute, Dienstag, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Baumhülsenweg.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Glöner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Solches und Sonstiges: Fritz Karpf; Anzeigen: H. Glöner; Smillich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 2.

Keine Geldentwertung mehr!

Bei uns kauft man auf Ratenzahlung

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung

KOCH & SEELAND G. M. B. H.

Gegründet 1895. Gertrudenstr. 20-21. Gegründet 1893.

Ortskrankenkassa d. Klempner zu Berlin
Bekanntmachung
Für die Woche vom 22. 10. bis 28. 10. 1923 beträgt der Zuschlag 4.900 Mark.
Wir ermellen auf das den Herren Arbeitgebern zugegangene Rundschreiben Nr. 25.
Der Vorstand. (9/19)
Hermann Siegler, Vorsitzender.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngelbisse

zahl überbleibbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Juwelinge

direkt ab
Fabrik
an Private
Schneider, Sohn
Franzstr. Str. 15
s.d. Friedrichstr.

Vom vorerwähnten, allgemein anerkannten und
schonlich bewährten Metall in
Erzeugung
Bettstellen
Hilfsstoffe, Pulver, Seife, Feinchemie, etc.
für die Industrie in allen Ländern.
Eisen- und Stahlwerke (Thüringen)

Hei-Ko

Tabakwarenrohstoffe.
50.36, Wienerstr. 8, Moritzpl. 6317
Das Lager der großen Auswahl
zu günstigsten Preisen
Tabake + Zigarren
Marken-Zigaretten

Volkskleidung Kosen

Gummimantel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln
Hermannstr. 76/77

Zähne

95 und 135 Millionen.
3 Jahre weitgehende Garantie.
Teilzahlungen gestattet. Kronen. (Spez. Brücken-
zähne ohne Gaumen.) Keine Luxuspreise. Persönl.
Fachmann. Munduntersuchung gratis. Zahnziehen mit
Betäubung bei Bestellungen gratis. Ueber 20000
Gebisse voller Zufriedenheit geliefert.

Halvani, Danziger Str. 1 (Hochbahn- station).

Vorzüger Extra-Rabatt 10 Prozent.

Ungeheuer billig!

gestiegen L. Preise sind
alle Lebensmittel und
Bedarfsartikel. Kleine
Anzeigen im Vorwärts
sind aber immer noch

BÜCHER GESUCHT

Wir sind ständige Abnehmer
von antiquarischer, besonders
sozialistischer Literatur.
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Pfalzburg 8140

Erich Fuhrmann

Handelsgesellschaft eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelbisse
BERLIN Gotzkowskystr. 13

Zeitungsblätter

erb. kg 10 Millionen
Dauer-
Wet-
Lumpen
Sofort
Sohe
Welle
Neukölln
176
Blangsch.
Reitboden
Glangsch.
Reit. 201.